

Lothar Schröter (Hrsg.)

Vom Kampf für den Frieden

Geschichte und Gegenwart der
Friedensbewegung in Deutschland

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.de> abrufbar.

WeltTrends
MedienHaus Babelsberg
August-Bebel-Str. 26–52
D-14482 Potsdam

Tel.: 0331 / 721 20 35
Fax: 0331 / 721 20 36
verlag@welttrends.de

Lothar Schröter (Hrsg.)
Vom Kampf für den Frieden
Geschichte und Gegenwart der Friedensbewegung in Deutschland

Gefördert durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg.



ROSA LUXEMBURG STIFTUNG
BRANDENBURG

Lektorat: Angela Unkrüer
Satz: Charlotte Bister
Druck: docupoint, Magdeburg

© WeltTrends, Potsdam 2014

ISBN 978-3-941880-94-8

bestellung@welttrends.de
www.welttrends.de

Inhalt

Vorwort	7
Friedensbewegung und Politik in Deutschland	17
Ansätze und Selbstverständnis der Friedensbewegung in beiden deutschen Staaten. Was kann das vereinte Deutschland daraus lernen? <i>Ulrich Frey</i>	
Mit Erfolg bewegen	53
Die Verhinderung des Bombodroms in der Kyritz-Ruppiner Heide <i>Tim Haberstroh / Franziska Krämer / Raimund Krämer</i>	
30 years after	87
„Liberation Policy“, SS-20 und der Störfall Friedensbewegung <i>Thomas Klein</i>	
Bemerkungen zur inoffiziellen Friedensbewegung in der DDR	101
<i>Sebastian Pflugbeil</i>	
Zur Friedensbewegung vor und in der DDR bis zum Jahre 1990	125
<i>Bärbel Schindler-Saefkow</i>	
Weichenstellungen für die Aufrüstung in Westdeutschland 1945 bis 1955	133
<i>Lothar Schröter</i>	
Die FREIE HEIDE und der lange Weg zurück zum Frieden	155
<i>Kirsten Tackmann</i>	
Die Friedensbewegung der 1980er Jahre am Beispiel der Friedensbewegung in Westberlin	169
<i>Laura Freiin von Wimmersperg</i>	
Nachwort und Nachlese	183
Autorenverzeichnis	193

Vorwort

Die wissenschaftliche Untersuchung der Friedensbewegung in Deutschland wird von der zeitgenössischen Historiografie eher unterbewertet. Das hängt zweifellos damit zusammen, dass es keine staatliche Institution gibt, die ihre Interessen vertritt und die Friedensbewegung als Teil der Zivilgesellschaft in der Berliner Republik keine eigene Lobby besitzt. Außerdem ist die Friedensbewegung außerordentlich inhomogen, vielfältig, differenziert und zersplittert. Ihre Aktivitäten werden kaum zentral dokumentiert. Das alles erschwert eine wissenschaftliche Aufarbeitung, Bewertung und Verallgemeinerung ihrer Erfahrungen.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg hat sich deshalb dieses Themas angenommen und am 8. November 2013 in Potsdam im Rahmen des 15. Friedens- und militärpolitischen Symposiums eine Konferenz zur zeithistorischen Betrachtung des Verhältnisses von Friedensbewegung und Politik in Deutschland seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs durchgeführt. Mit dieser Konferenz fand die langjährige Veranstaltungsreihe, die sich bis dahin vorwiegend mit militärpolitischen und militärhistorischen Fragen beschäftigt hat, ihren logischen Abschluss, indem sie sich auf die Gegenkräfte zu einer militärisch orientierten Außenpolitik konzentrierte.

Das scheint umso bedeutsamer, als in der Gegenwart viele neue Anforderungen an die Friedensbewegung gestellt werden. Einerseits sind Konferenz und Protokoll im zeitlichen Rahmen mit dem 100. Jahrestag des Beginns des Ersten Weltkriegs zu sehen, was auch einen historischen Rückblick der Friedensbewegung auf ihren eigenen Kampf erforderlich macht. Andererseits sind die letzten Monate durch die Eskalation einer Reihe gefährlicher Krisen in Europa und seinem unmittelbaren Umfeld gekennzeichnet, auf die sich die Friedensbewegung erst noch einstellen muss. Es sei hier nur an die Krise in der und um die Ukraine erinnert oder an die Frage des Umgangs mit dem Terrornetzwerk „Islamischer Staat“ im Nahen Osten.

Anliegen der Potsdamer Konferenz vom November 2013 sowie der hiermit vorliegenden Publikation war es, Anregungen und Anstöße für weitere Untersuchungen zur Geschichte der Friedensbewegung sowie für den aktuellen Kampf gegen Krieg und Militarisation der deutschen Außenpolitik zu vermitteln. Insbesondere sollte der Frage nachgegangen werden, ob und wie Erfahrungen aus der Zeit jenes Prozesses für die Lösung der heutigen Probleme des Ringens um Frieden nutzbar gemacht werden können, der 1975

zur Schlussakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) führte. Besondere Berücksichtigung sollten dabei die unterschiedlichen Ansätze im Selbstverständnis der Friedensbewegung in der DDR und der alten Bundesrepublik finden, die sich bis heute in den unterschiedlichen Strömungen der deutschen Friedensbewegung widerspiegeln.

In dieser konkreten Aufgabenstellung wurde das Ziel nur bedingt erfüllt. Dazu war der personelle und zeitliche Rahmen der Konferenz nicht weit genug gestellt. Dennoch vermitteln die nachfolgenden Beiträge eine ganze Reihe von wichtigen Erkenntnissen und Erfahrungen. Auch Lücken und offene Fragen werden deutlich. Insbesondere zeigen sich auch Unterschiede zwischen den in der alten Bundesrepublik und den in der DDR sozialisierten Friedenskräften – sowohl bei der Beurteilung der politischen Situation als auch ihrer eigenen Aktivitäten. Dennoch bestand ein großer Wert der Konferenz gerade darin, dass sich Vertreter verschiedener Gruppierungen der Friedenskräfte mit ihren unterschiedlichen Prägungen gemeinsam und solidarisch über ihre Erfahrungen ausgetauscht haben.

Ulrich Frey unternimmt in seinem Beitrag den wahrscheinlich komplexesten Versuch, den gesamten Zeitraum seit den 1950er Jahren zu erfassen und dabei aus westlicher Sicht auch auf Unterschiede und Gemeinsamkeiten zur Friedensbewegung in der DDR einzugehen. Völlig zu Recht verweist er gleich zu Beginn seines Aufsatzes auf Defizite in der Wahrnehmung des jeweils anderen friedensbewegten Engagements und konzentriert sich auf die Frage nach den Lehren für das vereinigte Deutschland. Im Vordergrund steht dabei die Zeit von 1979 bis 1990 mit den Kämpfen gegen die Stationierung nuklearer Mittelstreckenwaffen in Westdeutschland. Damals war es gelungen, die vielfältigen – und oft auch widerspruchsvollen – Initiativen in der Bundesrepublik auf der Basis eines „Minimalkonsenses“ zu vereinigen. Dieser „Minimalkonsens“ bestand in dem Ziel der Verhinderung der sogenannten Nachrüstung, also der Stationierung ballistischer Raketen mittlerer Reichweite (MRBM) vom Typ MGM-31 C Pershing II sowie von landgestützten Flügelraketen, auch Marschflugkörper oder *cruise missile* (GLCM) genannt, unter der späteren Bezeichnung BGM-109 Tomahawk in der Bundesrepublik. Wenn dieses Ziel letztlich auch nicht erreicht wurde, so hat diese Bewegung doch „eine ganze Generation politisch sozialisiert.“¹ Höhepunkt dieses „schwierigen Lernprozesses war der Olof-Palme-Friedensmarsch im Herbst 1987“, an dem sich erstmals auch marxistische Friedenskräfte aus beiden deutschen Staaten gemeinsam mit

1 Frey, S. 23.

christlichen Friedensgruppen zusammenfanden.² Frey weist nach, dass insbesondere die evangelischen Kirchen eine ganz entscheidende Rolle in der Friedensbewegung in West und Ost gespielt haben. Sicher waren sie nicht nur bis 1969 „eine Klammer zwischen beiden deutschen Staaten.“³ Es waren vor allem die Kirchen, die mit ihrer Jahr für Jahr erneuerten Abschreckungskritik „zum Kern der prekären Sicherheitslogik des Ost-West-Konfliktes vorgedrungen“ waren.⁴ Insofern würdigt Frey die Geschichte der Friedensbewegung vor allem als eine Erfolgsgeschichte – auch wenn viele Aktionsziele nicht erreicht wurden. „Die Friedensbewegung half, den dogmatischen Antikommunismus des Kalten Krieges zu überwinden, der ein reales Hindernis zukunftsfähiger Politik war.“⁵ Und sie leistete einen wichtigen Beitrag für „eine nachhaltige, wertorientierte und grundlegende Zivilisierung europäischer Politik (...)“.⁶

Thomas Klein schreibt aus der Sicht eines bekennenden Oppositionellen der DDR über die blockübergreifende unabhängige Friedensbewegung (UFB) der 1980er Jahre in beiden deutschen Staaten und bezeichnet diese Bewegung als einen Störfall für die Regierenden in West und Ost. Er erklärt die kritische Distanz dieser Bewegung besonders mit den Absurditäten der gegenseitigen nuklearen Abschreckung, wie sie von den Regierungen beider Paktsysteme praktiziert wurde. In der DDR erwuchs diese Bewegung insbesondere aus „pazifistischen Basisgruppen innerhalb evangelischen Gemeindekreise“,⁷ die sich zunehmend auch an Trägern und Kräften eines neuen ökologischen Bewusstseins orientierten. Klein beschreibt, wie sich besonders unter dem Einfluss der Ereignisse in Polen in den unabhängigen Friedensgruppen der DDR Anfang der 1980er Jahre ein rapider Politisierungsschub vollzog, aus dem sich „seit 1983 ein Oppositionsnetzwerk entwickelte, das weit über die Kritik an den Militarisierungstendenzen hinaus das ganze politbürokratische System in der DDR hinterfragte (...) ohne das konkurrierende politische System in der Bundesrepublik als Zielorientierung anzusehen.“⁸

Diese Feststellung ist insofern von grundsätzlicher Bedeutung für die heutige Bewertung dieser Opposition, als die im Herbst 1989 daraus „entstandenen ‚Neuen Politischen Vereinigungen‘ ihren Aufruf für eine gegen die SED zu erkämpfende demokratische Revolution in der DDR keineswegs mit einer

2 Ebenda, S. 46.

3 Ebenda, S. 36.

4 Ebenda, S. 45.

5 Ebenda, S. 28.

6 Ebenda, S. 31.

7 Klein, S. 93.

8 Ebenda, S. 96.

Absage an den Sozialismus verknüpfen⁹ und gleich gar nicht einen Beitritt zur Bundesrepublik im Auge hatten.

Sebastian Pflugbeil hat eine sehr ähnliche Vergangenheit wie Thomas Klein und schildert seine ganz persönlichen Erfahrungen innerhalb der unabhängigen Friedensbewegung der DDR. Anschaulich beschreibt er den Weg, wie er als Naturwissenschaftler zur Friedensbewegung und dabei nachgerade zwangsläufig zur Protestbewegung der DDR gekommen ist. Auch er macht darauf aufmerksam, dass es vor allem evangelische Gemeindegruppen waren, die den kritischen Friedenskräften Spielräume vermittelt und Unterstützung gaben. Eine zentrale Rolle dabei spielten besonders ab 1982 die sogenannten „Friedenswerkstätten“, die recht bald ins Blickfeld des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der DDR gerieten. Pflugbeil beschreibt, dass es beim Ringen um den richtigen Weg dieser Friedensarbeit durchaus auch Differenzen und Auseinandersetzungen mit Kirchenfunktionären gab. Als ausgebildeter Physiker erkannte Pflugbeil recht schnell den Zusammenhang zwischen Kernwaffen und Kernenergie und erweiterte sein friedenspolitisches Engagement auf die Analyse der ökologischen und gesundheitlichen Gefahren des Uranbergbaus der DDR durch die Wismut. Pflugbeil schreibt: „Im Bereich der Friedensbewegung lag mir daran, aufzuzeigen, dass historisch und international das Interesse an der Atombombe das Motiv darstellte, sich mit der Kernenergie zu befassen. Auch, dass die friedliche und die militärische Nutzung der Kernenergie nahezu untrennbar miteinander verknüpft sind. Hinzuweisen war darauf, dass, wer Atombomben abschaffen will, nicht die Weiterverbreitung von KKW fördern darf.“¹⁰ Er beklagt daher auch die Passivität, die die Bundesregierung sowie zahlreiche Kirchenfunktionäre gegenwärtig in dieser Frage an den Tag legen. Für Pflugbeil bilden die späten 1980er Jahre den Höhepunkt der unabhängigen Friedensbewegung. Er behandelt die Situation am Beispiel der Ökumenischen Versammlung für „Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung“ in Dresden, in die erstmals auch die katholische Kirche einbezogen war.¹¹ In drei Veranstaltungszyklen vom Februar 1988 bis April 1989 wurde offen über die gesamte Breite der anstehenden gesellschaftlichen Probleme gesprochen. Dabei wurde erstmals auch die Frage „nach der künftigen Gestalt des Sozialismus als Alternative zum westlichen Konsumkapitalismus“ aufgeworfen, die „sich als Schlüsselfrage für den gesellschaftlichen Dialog erwiesen“ habe.¹² Pflugbeil gelangt zu der generalisierenden Schlussfolgerung, dass die

9 Ebenda, S. 97.

10 Pflugbeil, S. 110.

11 Siehe ebenda, S. 116.

12 Ebenda, S. 118.

Kirchen der DDR sicher daran beteiligt waren, „dass die aufwachenden Bürger im ‚Herbst 89‘ keine Gewalt angewendet haben.“¹³

Bärbel Schindler-Saefkow berichtet über den Friedensrat der DDR als Organisationsrahmen für jene Friedenskräfte, die sich mit der DDR identifizierten und zugleich mit der weltweiten Friedensbewegung verbunden fühlten. Dieser Teil der deutschen Friedensbewegung wird von der zeitgenössischen Historiografie bisher völlig ignoriert, obwohl er in der DDR von Anfang an stark ausgeprägt und auch aktionsorientiert war – strikt für den Frieden, aber nicht in Opposition zu Partei und Regierung. Schindler-Saefkow verweist auf die Herausbildung dieser Dach- und Koordinierungsorganisation für Friedensbewegte aus den Friedensgruppen des Kulturbunds zur demokratischen Erneuerung Deutschlands, der sich unmittelbar in der Nachkriegszeit als gesamtdeutsche Institution konstituierte. In dieser Zeit des Neubeginns ging es im Osten Deutschlands vor allem um die Lehren aus der jüngsten deutschen Geschichte und um die Auseinandersetzung mit der beginnenden Remilitarisierung in den Westzonen bzw. in der jungen Bundesrepublik. Die Haltung vieler Friedensbewegter im Osten war davon geprägt, dass sie die DDR als eine Alternative zur Bundesrepublik und als einen Friedensstaat begriffen, der unterstützt und auch verteidigt werden musste. Schindler-Saefkow beschreibt, wie der Friedensrat dabei durchaus Kooperationsbereitschaft in der evangelischen Kirche fand und insbesondere eine gute Zusammenarbeit mit der Christlichen Friedenskonferenz (CFK) zustande kam. Aber auch sie unterschlägt – wie schon Ulrich Frey, Thomas Klein und Sebastian Pflugbeil, dass es – zunehmend ab Mitte der 1980er Jahre – zwischen der westdeutschen und der unabhängigen Friedensbewegung der DDR einerseits und der staatsnahen Friedensbewegung der DDR andererseits inhaltliche Schnittmengen gab wie z. B. die generelle Ablehnung aller Kernwaffen auf deutschem Boden oder die positive Perzeption des Konzepts der gemeinsamen Sicherheit. Das hängt mit einer gewissen Flexibilität in der Außenpolitik der DDR zusammen, aber auch mit den inneren Widersprüchen in der Partei- und Staatsführung, die – besonders seit Anfang der 1980er Jahre – Spielräume für ein „Neues Denken“ ließen. Am Ende ihres Beitrags macht Schindler-Saefkow mit Recht darauf aufmerksam, dass sich – im Unterschied zu vielen kirchlichen und unabhängigen Friedensgruppen der DDR – die Nachfolgeorganisation des Friedensrats bis in die Gegenwart erhalten hat und eine unabhängige und gleichberechtigte Friedensgruppe geworden ist wie Hunderte andere auch in diesem Land.

Lothar Schröter verdeutlicht in seinem Beitrag, wie in der DDR die Aufbauphase der bundesdeutschen Streitkräfte in der Zeit von 1945 bis 1955 gesehen wurde. Damit wird indirekt auch verständlich, warum sich die staatsnahe Friedensbewegung in diesem Teil Deutschlands so entwickelte, wie es Bärbel Schindler-Saefkow beschreibt. Schröter ordnet seine Aussagen in den beginnenden Kalten Krieg zwischen Ost und West ein und wirft die Frage nach den Hauptschuldigen für die zunehmende Bedrohung durch einen alles vernichtenden Kernwaffenkrieg auf. Diese Verantwortung wird den Westmächten zugeschrieben, die die völkerrechtlichen Grundlagen für die Nachkriegsordnung sowie die rechtsgültigen Absprachen zwischen den Hauptsiegermächten nicht eingehalten haben. „Worum es dem Westen also nach 1945 ging, war die Revision der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges in dem Sinne, die UdSSR mindestens auf ihre Vorkriegspositionen zurückzuwerfen.“¹⁴ Als ausgebildeter Historiker listet Schröter klar strukturiert und schlaglichtartig alle entscheidenden Schritte in den Phasen 1945 bis 1950 und 1951 bis 1955 auf, die den Weg zur Schaffung eigener Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland im Bündnis kennzeichnen. Das betrifft sowohl die außen- und militärpolitischen Marksteine als auch die Schaffung der militärtheoretischen und staatsrechtlichen Grundlagen, den Aufbau staatlicher Verwaltungsstrukturen und die Sammlung geeigneter Kader für die neuen Streitkräfte. Diese Entwicklung wurde und wird zweifellos auch von großen Teilen der westdeutschen Friedensbewegung kritisch gesehen. Dennoch ist es zu bedauern, dass hier kein Pendant zu diesem Beitrag vorliegt, das auch die Sicht des Westens – und damit auch großer Teile der westdeutschen Friedensbewegung – auf die militärischen und sicherheitspolitischen Prozesse im Osten erkennbar macht.

Laura Freiin von Wimmersperg konzentriert sich in Form eines Erlebnis- und Erfahrungsberichts auf die Friedensbewegung der 1980er Jahre in Westberlin. Hier war keine Bundeswehr stationiert und es gab auch keine Wehrpflicht; dafür gab es viele Kriegsdienstverweigerer. Auch die unmittelbare Nähe zur DDR führte zu manchen Besonderheiten wie z. B. zu engeren Kontakten mit der staatsnahen Friedensbewegung im Osten der Stadt. Im Mittelpunkt ihres Berichts steht der Kampf gegen den sogenannten Nachrüstungsbeschluss der NATO vom Dezember 1979. Auch sie hebt, wie schon Ulrich Frey, die Bedeutung eines gemeinsamen Handelns auf der Basis des „Minimalkonsenses“ in dieser Frage hervor, obwohl es in der Westberliner Friedensszene durchaus Kritik an den sowjetischen SS-20 und am realen Sozialismus der DDR gab. Sie betont, dass auch der „Kre-

14 Schröter, S. 141.

felder Appell“, eines der bedeutendsten Dokumente des Widerstandes in der BRD gegen die Aufstellung neuer nuklearer Mittelstreckenwaffen der NATO in Westeuropa, der im November 1980 von einem großen Forum weltanschaulich unterschiedlicher Gruppen und Personen verabschiedet wurde, (...) ebenfalls im Sinne des ‚Minimalkonsenses‘ formuliert“ war.¹⁵ Im Weiteren beschreibt Freiin von Wimmersperg die Arbeitsstrukturen der Friedensbewegung in Westberlin. Im Wesentlichen waren das zwölf bezirkliche Friedensinitiativen, die ihre Arbeit über die Berliner Friedenskoordination (FRIKO) abstimmten. Bemerkenswert sind auch die Regeln, nach denen in allen Gremien der FRIKO gearbeitet wurde: keine Mitgliedschaft, dafür offene Plenen; keine Abstimmungen, sondern Konsensfindung; Überparteilichkeit. „Noch heute arbeitet die Berliner Friedenskoordination nach diesen Grundregeln.“¹⁶

Den Präzedenzfall für die Friedensbewegung des vereinten Deutschland nach 1990 bildet eine ausführliche Darstellung des erfolgreichen Kampfes zur Verhinderung des Bombodroms in der Kyritz-Ruppiner Heide im Überschneidungsraum zwischen Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern. Nachdem die Sowjetarmee den Truppenübungsplatz Wittstock durch ihren Abzug Anfang der 1990er Jahre freigegeben hatte, versuchte die Bundeswehr ihn erneut als Bombenabwurfplatz für ihre Tornado-Flugzeuge zu reaktivieren. Dazu gibt es in dem vorliegenden Protokollband zwei Beiträge, die sich auf bemerkenswerte Weise ergänzen: Eine wissenschaftliche Analyse der Gesamtaktivitäten durch ein Autorenkollektiv und der persönliche Bericht einer der maßgeblich beteiligten Friedensaktivistinnen.

Tim Haberstroh, Franziska Krämer und Raimund Krämer stellen hier die Ergebnisse einer wissenschaftlichen Studie vor, die den 17-jährigen Kampf einer erfolgreichen Bürgerbewegung gegen das Bombodrom analysiert und dokumentiert. Die drei Autoren untersuchen am Beispiel der Bürgerinitiative FREIE HEIDE, ob und unter welchen Umständen diese Form politischer Partizipation in der Gegenwart funktioniert. Insofern gibt diese Studie Auskunft über Fragen, die über die Friedensbewegung hinausgehen. Akribisch und klar strukturiert werden die beteiligten Kräfte, die Aktionsphasen, die Handlungsmotive, die Formen der Auseinandersetzung, die Handlungsebenen sowie die Erfolgsfaktoren analysiert. Auffällig ist die Breite und Vielfalt der gesellschaftlichen Akteure mit z. T. recht unterschiedlichen Interessen, die sich hier zusammenfanden. Hervorzuhe-

15 Wimmersperg, S. 172.

16 Ebenda, S. 174.

ben ist dabei die Einbeziehung und aktive Rolle kommunaler Institutionen (Kreistage und Landräte), die sich gegen die Bundesregierung engagierten wie auch der evangelischen Kirche, die von Anfang an eine zentrale Rolle spielte. Als Erfolgsfaktoren analysieren die Autoren das klar definierte und abgegrenzte Ziel auf der Basis eines „Minimalkonsenses“ (nämlich der Verhinderung des Bombodroms), den gesamtgesellschaftlichen Bezug, das Zusammenspiel verschiedener Formen der Auseinandersetzung (wobei hier besonders auf die juristische aufmerksam gemacht werden soll), die Überparteilichkeit, die Vielfalt der Protestformen, die borniert-arrogante Vorgehensweise der Bundeswehr, die kommunale Verankerung, die spezifischen Wendeerfahrungen der Ostbevölkerung und die Gewaltlosigkeit. Mit einem Ausblick auf die Nachnutzung des Gebietes sowie der bewährten personellen Strukturen endet der Beitrag.

Kerstin Tackmann beschreibt engagiert, wie sie in der praktischen Bewegung selbst gekämpft hat. Ihre persönlichen Erlebnisse und Erfahrungen decken sich mit der Analyse von Haberstroh / Krämer / Krämer. Deshalb soll hier nur auf zwei ihrer Hervorhebungen aufmerksam gemacht werden. Zunächst betont sie die außerordentlich große öffentliche Anteilnahme aus nah und fern sowie den Druck der mit einer ungeheuren Vielfalt an Protestaktivitäten über eine lange Zeit auf die Bundeswehr und das Verteidigungsministerium ausgeübt wurde. „Denn ohne den massiven öffentlichen Druck hätte es den Verzicht auf die militärische Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide niemals gegeben.“¹⁷ Zum anderen hebt sie die geduldige und konsequente überparteiliche Zusammenarbeit hervor, auf deren Grundlage ein politisches Bündnis geschmiedet wurde, „das sich breiter kaum denken lässt.“¹⁸ Sie bezieht sich dabei auch auf den Lernprozess, den gerade die Ostdeutschen an den Runden Tischen der Wendezeit gemacht haben, um demokratische Forderungen durchzusetzen. So ist es auch der Bürgerbewegung gelungen, in nahezu allen Kommunalparlamenten der betroffenen Regionen überparteiliche Mehrheiten zu erreichen. Als größtes Verdienst der gesamten Bewegung zur Verhinderung des Bombodroms in der Kyritz-Ruppiner Heide und zugleich als politisches Vermächtnis formuliert sie zum Schluss die Erkenntnis: „Es lohnt, Widerstand zu leisten. Friedlich, ideenreich und zielorientiert.“¹⁹

Insgesamt machen die hier vorgestellten Beiträge deutlich: es gibt gute und wichtige Erfahrungen, die auch in Zukunft ihre Gültigkeit behalten und beachtet werden sollten. Insbesondere zeigte sich, dass die Geschichte der

17 Tackmann, S. 156.

18 Ebenda, S. 157.

19 Ebenda, S. 168.

deutschen Friedensbewegung keineswegs eine Geschichte der Misserfolge ist. Das ist auch daran erkennbar, dass es trotz aller gegenwärtigen Versuche der Mainstream-Medien, ein Klima der geistigen Aufrüstung zu entwickeln, stabile Mehrheiten in der Bevölkerung gibt, die Kampfeinsätze der Bundeswehr ablehnen und eine Politik der militärischen Zurückhaltung fordern.

Dennoch soll aber auch kein Zweifel daran gelassen werden, dass mit der Konferenz und den hier vorliegenden Beiträgen keineswegs das gesamte Spektrum der deutschen Friedensbewegung erfasst werden konnte. Historiografischer Nachholbedarf besteht vor allem auf zwei Gebieten:

Erstens: Das Potenzial der staatsnahen Friedensbewegung in der DDR verdient eine differenziertere Aufarbeitung, insbesondere im Hinblick auf die Entwicklung seit Ende der 1970er Jahre. Unter dem Einfluss des Helsinki-Prozesses, der militärischen Entspannung zwischen den USA und der Sowjetunion sowie einer neuen sowjetischen Außenpolitik unter Michail S. Gorbatschow seit 1985 entwickelte sich in der DDR ein „Neues Denken“ zu außen- und sicherheitspolitischen Fragen, das breite Bevölkerungskreise und z. T. auch die Regierungspolitik der DDR ergriff. Dabei wurde das System der gegenseitigen Abschreckung zunehmend in Frage gestellt und Probleme der gemeinsamen, systemübergreifenden Verantwortung für Frieden und Sicherheit in Europa in den Vordergrund gerückt. Die Initiatoren und Träger dieses „Neuen Denkens“ kamen vor allem aus dem Bereich der Wissenschaft, waren aber auch auf dem Gebiet der Außenpolitik und der staatsnahen Friedensbewegung vertreten.

Zweitens: Unterbelichtet im Rahmen dieses Bandes ist auch die internationale Dimension der Friedensbewegung in Deutschland. Tatsächlich hat es ein internationales Zusammenwirken der europäischen Friedenskräfte aber immer schon gegeben, sowohl bis zum Ende der Blockkonfrontation als auch danach in der Berliner Republik. Es sei hier nur an die europaweiten Protestaktionen gegen Stationierung neuer nuklearer Mittelstreckenwaffen Anfang der 1980er Jahre oder gegen die Vorbereitung des Irakkriegs Anfang 2003 erinnert. Die neuen Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft verlangen mehr denn je eine internationale Abstimmung und Koordination der Friedensbewegung.

Insofern könnte die Konferenz vom November 2013 wie auch der hiermit vorliegende Protokollband als Impuls verstanden werden, das gemeinsame Nachdenken zur Geschichte der Friedensbewegung, ihren Erfahrungen und neuen Aufgaben im Rahmen der Rosa-Luxemburg-Stiftung weiter fortzusetzen.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg beendet mit diesem Band erst einmal ihre 1999 begonnen Publikationsreihe „Beiträge zur Militärgeschichte“. In dieser Reihe wurden die Ergebnisse der jährlichen Symposien zur Friedens- und Militärpolitik veröffentlicht. Lothar Schröter hat als langjähriges Vorstandsmitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg diese Reihe konzipiert sowie inhaltlich und organisatorisch gestaltet. Seit 1999 sind nunmehr 16 Publikationen erschienen, die Schröter als Herausgeber und Autor ebenfalls geprägt hat. Dafür sprechen ihm der Vorstand der Stiftung und die inhaltlichen Mitstreiter an dieser Reihe ihren herzlichen Dank aus.

Wilfried Schreiber, Berlin im November 2014